

Die Laterne.

Beiblatt zum Leuchtturm.

Redigirt

von

Ernst Reil.

Das gefallene Julikönigthum.

Der larg gestützte Bau er fracht zusammen,
Ein Kronenträger stürzt zugleich mit ihm;
Ein Funken, und der Zündstoff bricht in Flammen
Hellsodernd aus mit jähem Ungeflüm.

Das Volk erwacht und fordert seine Rechte,
Und die's zu gängeln wähten, zittern bang,
Es läutet Sturm, fliegt trotzig zum Gefechte,
Und brausend tönt der alte Schlachtgesang.

Der Freiheit Göttin schreitet durch die Gassen,
Es wallt ihr Haar, es flattert ihr Gewand,
Im Osten tagt's, die näch't'gen Stern' erblassen,
Und wie zum Seegen streckt sie aus die Hand.

Es trifft auch die Gefalben auf den Thronen
Die Nemesis, es zuckt ihr flammend Schwert
Auch ob dem Königshaupte des Bourbonen,
Der nur zu lang' ihr Mahnen überhört.

Zu spät des Greises Schmerz, zu spät die Reue,
Zu spät selbst einer edlen Mutter Flehn;
Ihr bracht das Wort, so bricht das Volk die Treue,
Und thränenlos wird es euch scheiden sehn.

Die Republik entrollt ihre Fahnen,
Der bebend einst erzittert eine Welt,
Und jubelnd sehn's die Völker, denn sie ahnen,
Daß dieser Sonne Strahl auch sie erhellet.

Sie ahnen's, daß für sie, so lang' zertreten,
Heran der Freiheit goldner Morgen bricht,
Sie haben lang' genug umsonst gebeten, —
Sie fordern jetzt ihr Recht, sie betteln nicht.

A. W. Samson.

Die dritte französische Revolution und ihre Folgen für Deutschland.

Als das Jahr 1848 seinen Lauf begann, da hatten wir wohl gerechte Hoffnung, einen bessern und veränderten Zustand für Deutschland und manchen andern Staat recht bald zu erwarten; indeß die Macht der Er-

eignisse konnte diesen Zeitpunkt hinauschieben und mancherlei diplomatische Vorkehrungen den Geist der Freiheit von seinem endlichen Ausbruche noch auf Augenblicke zurückhalten. Unsere Hoffnungen waren

begründet in der Stärke, welche die Idee der Freiheit bereits gewonnen hatte; sie war bewiesen durch die vielfachen Aeußerungen, die sie von Tag zu Tage mehr kräftigten. Wir lenkten unser Auge vorzüglich nach dem kurz vor dem Schlusse des Jahres 1847 in der Schweiz errungenen Siege und betrachteten ihn mit Recht als die Basis für weitere und entscheidende Erfolge. Aber das konnten wir damals natürlich nicht berechnen, daß die Schweiz nur das Vorpiel zu einem großartigen Drama gebe, das schon 3 Monate später außer, aber unmittelbar neben ihren Grenzen aufgeführt werden sollte. Solche Hoffnungen wären zu kühn gewesen! Aber offenbar lag der Keim zu allen jenen Thaten des erwachenden Volksgeistes in Italien, wie jetzt in Frankreich in dem Siege, der auf dem Boden einer alten, in den Kämpfen um die Freiheit erstarkten Republik erfochten wurde. Wohl hatten Metternich und Guizot, der österreichische Beobachter und das Journal des débats nicht Unrecht, wenn sie in der Schweiz ihren ärgsten Feind anzugreifen wähnten; wohl lag es in ihrem Interesse alle Ereignisse, die dort erwachsen, zu verdächtigen. Ein dunkles Vorgefühl leitete sie auf die Wichtigkeit jenes Volksieges. Eine klare Einsicht in die Folgen, die er nach sich führen mußte, fehlte ihnen indes sicher. Wie hätten sie sonst sich so offen und hartnäckig gegen alle höchst mäßigen Forderungen von Reformen stemmen können? Wie hätten sie sich sonst selbst die Grube gegraben, in die Frankreichs König mit seiner Regierung bereits gefallen und in die Metternich und sein System unfehlbar fallen muß? Doch kehren wir zu unserer ursprünglichen Aufgabe, einer kurzen Schilderung der pariser Ereignisse vom 24. Febr. zurück.

In seiner 17jährigen Regierungszeit war es die alleinige Aufgabe des Königs Ludwig Philipp von Frankreich seine Dynastie zu befestigen. Alle Mittel waren ihm für diesen Zweck recht und das Wohl des französischen Volkes eine dem Hauptstreben weit untergeordnete Sache und nur dann seine Sorge, wenn es sich mit seinen egoistischen Absichten vereinigen ließ. Die im Jahre 1830 errichtete französische Charte erschien im Jahre 1848 nicht mehr als eine Schutzwehr der Freiheiten des Volkes; zahlreiche Ausnahmegesetze hatten sie fast auf den Punkt gebracht, wo sie nur noch als historische Erinnerung galt. Daneben war aber an eine Fortbildung des mehr und mehr gereiften Volksbewußtseins nicht zu denken und namentlich erschienen die arbeitenden Classen, die seit 1830 so sehr erstarkt waren, nur als der Träger einer Aristokratie und Bürokratie,

als ein Mittel für dieselbe, nicht als ein gleichberechtigter Theil des Staates. Von dieser Seite aus machten sich daher die meisten Stimmen nach Reformen laut und namentlich war es das Wahlgesetz, das man dabei im Auge hatte. Denn die Wahlen zu den Kammern hatte die Regierung in ihren Händen und wußte sich stets die Majorität in denselben zu sichern. Semehr indes der Ruf nach Reformen laut wurde, desto harthöriger wurde auch die Regierung dafür. Guizot und seine Mitminister hatten während einer 7jährigen Amtsführung die Pläne des Königs wacker unterstützt und gefördert und sich sogar zu Handlungen hergegeben, die, wie die spanischen Heirathen, alles Gefühl empörten. Die allgemeine Stimme gegen dieses Ministerium und Ludwig Philipps System manifestirte sich indes immer mehr und seit dem Anfange 1847 concentrirte sie sich namentlich in öffentlichen Demonstrationen bei Gastmahlen, die man Reformbankette nannte. Solche Kundgebungen waren der herrschenden Macht natürlich ein Gräuvel, indes sie vermochte noch nicht sie vollständig zu unterdrücken, obschon sie mit Verboten begann.

Unter solchen Verhältnissen begann die diesjährige Kammeression, in welcher sich die Regierung durch allerlei Mittel die Mehrheit zu sichern gewußt hatte. In der Thronrede zur Eröffnung der Kammern hatte die Regierung die Kühnheit, im Gefühle ihrer Macht, die Reformbankette als revolutionäre Umtriebe zu bezeichnen und ihre Abneigung gegen Reformen entschieden zu erkennen zu geben. Dieser Punkt erweckte bei Berathung der Adresse auf die Thronrede in der Kammer stürmische Debatten. Doch die Opposition konnte, da sie in der Minorität war, nicht durchbringen und die Kammer billigte die Sprache der Regierung. Die Opposition dagegen beschloß, da sie ziemlich stark an Zahl war, eine öffentliche Demonstration gegen die Regierung, bestehend in einem Reformbankette in Paris selbst. Die Vorbereitungen dazu wurden getroffen und die Opposition wie alle Classen des Volkes von Paris, einschließlic der Nationalgarde nahmen daran Theil. Da erklärte am Vorabend des Banketts das Ministerium in der Kammer, daß es dasselbe verboten habe und die Opposition war schwach und feig genug, ihr Vorhaben fallen zu lassen, indem sie sich auf einen Antrag beschränkte, der die Minister in Anklagezustand zu versetzen beabsichtigte, da sie ein durch die Charte garantirtes Volksrecht: das Recht zur freien Versammlung, verletzt hatte. Dieser Antrag wäre jedoch in der Kammer, da die Majorität für die Regierung war, niemals durchgegangen.

Das ist die kleine Quelle, der ein so gewaltiges, von Niemand geahntes Ereigniß entspringen sollte!

Mit dem Verbote des Banketts war jedoch die Ruhe in Paris nicht hergestellt worden. Volksmassen bewegten sich auf den Straßen und nahmen eine drohende Stellung ein. Die Municipalgarde (eine bewaffnete Polizeimacht) suchte die Ordnung mit Gewalt herzustellen, — ohne Erfolg. Die Nationalgarde, von der man mit Recht fürchtete, daß sie es mit dem Volke halten werde, war als Sicherheitswache beseitigt worden. Unter so ernstern Ereignissen erkannten endlich Ludwig Philipp und Guizot die Nothwendigkeit des Abtrittes eines verhassten Ministeriums. Am 23. Februar Nachmittags machte Guizot seinen Rücktritt vom Staatsruder in der Kammer bekannt, die darüber in anhaltenden Beifallsturm ausbrach. Graf Molé war mit Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt.

Bald wurde diese Nachricht in ganz Paris bekannt und das Volk zog jubelnd, Siegeshymnen absingend und unter dem fortwährenden Rufe: „es lebe die Reform“ durch die Straßen. Alle Welt glaubte den Aufstand besiegt und der Verkehr zog schnell wieder in seine gewohnten Bahnen ein. Plötzlich sollte dieser Jubel in sein Gegentheil verkehrt werden. Eine freudig bewegte Volksmasse langte an demselben Abend um 10 Uhr mit Fackeln bei der Amtswohnung Guizots an. Das Militair, welches sie besetzt hielt, glaubte sich angegriffen und, wie es heißt, „in Folge eines unglücklichen Mißverständnisses“ gaben sie Feuer auf das unbewaffnete Volk. Fünfzig Menschen blieben auf der Stelle. Berrath und Rache schreiend zog sich das Volk zurück. Die Geschichte lehrt, daß das französische Volk einen hinterlistigen und blutigen Angriff der herrschenden Macht auf seine Bürger nie vergessen kann. So auch hier. Das Ereigniß vor dem Hotel Guizot, dessen Kunde sich blitzeschnell verbreitete und in der Verbreitung noch verstillt wurde, war das Signal zum Kampfe. In der Nacht vom 23. zum 24. Februar errichtete das Volk mit unsäglicher Anstrengung und Ausdauer Barricaden in den Straßen und noch in dieser Nacht begann der Kampf, der seine ernste und fürchterliche Gestalt aber erst am 24. Febr. mit Tagesanbruch annahm. Volk und bewaffnete Macht standen sich im Pulverdampfe gegenüber. Bald aber verweigerten jedoch die Linientruppen an vielen Orten auf das Volk ferner zu schießen und die Municipalgarde führte ziemlich allein das Feuer fort.

Dieser Wendepunkt war es, der dem Könige die

Augen öffnete; allein viel zu spät. Zunächst fügte er sich in ein Ministerium, das von Thiers und Odilon-Barrot gebildet werden sollte. Das Volk nahm von dieser Concession keine Notiz, sondern kämpfte fort. Während man nun das Palais royal, ein Privateigenthum des Königs, stürmte, und nach Einnahme desselben der Zug des Volkes nach den Tuilerien zu erwarten stand, entschloß sich Ludwig Philipp ferner, zu Gunsten seines Onkels, des Grafen von Paris, der Krone zu entsagen. Nach dem von den Kammern im Jahre 1842 genehmigten Regenschaftsgesetze hatte der Herzog von Nemours die Krone für den unmündigen Grafen von Paris zu führen. Da man indeß dem Könige vorstellig machte, wie wenig der erstere beliebt sei, so gab er auch hier nach und setzte die Mutter des Grafen von Paris, die verwittwete Herzogin von Orleans, als Regentin ein. Als Ludwig Philipp die Urkunde, in welcher dies Alles festgesetzt wurde, unterzeichnet hatte, verließ er eiligst Paris, um nimmer wiederzukehren. Die Herzogin von Orleans aber begab sich mit ihren beiden Söhnen zu Fuß in die Deputirtenkammer, um deren Schutz in Anspruch zu nehmen. Die Kammer, überrascht von den Dingen, die sie erfuhr, wollte anfänglich die Thronentsagung und Regenschaft anerkennen. Bald aber erhoben sich Stimmen dagegen; man machte bemerklieh, daß die Kammer kein Recht dazu habe, da sie im Augenblicke nicht beschlußfähig sei und von vielen Seiten erscholl der Ruf nach Einsetzung einer provisorischen Regierung. Ledru-Rollin endlich setzte dieses Verlangen durch, nachdem das Volk in den Sitzungsaal der Kammer eingedrungen war und durch seine Gegenwart den Beschluß beschleunigt und erwirkt hatte. Mitten unter dem Getümmel und unter den auf die Deputirten angeschlagenen Gewehren der eingedrungenen Volkskämpfer zogen sich die Herzogin von Orleans und die Deputirten durch Hintertüren zurück. Die Kammer war gesprengt, die ganze königl. Familie auf der Flucht und alle ihre Zugeständnisse verworfen worden, die provisorische Regierung gebildet, das Volk im Besitze der Macht. Unter jubelndem Geschrei zog das Volk mit der provisorischen Regierung auf das Stadthaus, die hier berathen sollte, was zu thun sei.

Wir müssen hier nun einen Zwischenfall einziehen. Während jener Verhandlungen in der Deputirtenkammer war das Volk Meister des Palais royal geworden nach einem fürchterlichen Kampfe gegen die Besatzung der Municipalgarde und zündete in den Gemächern Feuer an, zerstörte die Meubles

und andere Sachen. Nachdem dies Zerstörungswerk vollbracht, zog die bewaffnete Masse nach den Tuilerien. Hier fanden sie zwar kein Linienmilitair mehr, da der König vor seiner Flucht schon den Befehl gegeben hatte, das Feuern einzustellen und da auch bereits das Militair an andern Orten freiwillig sich dem Volke nicht weiter widersetzt hatte. Dagegen machte die Municipalgarde den Eintritt freitig. Nach einer „förmlichen Schlächtere“, wie sich ein Berichterstatter ausdrückt, nahmen endlich die Nationalgarde und die bewaffneten Arbeiter Besitz von den Tuilerien und auch hier wurde die Zerstörung von Neuem begonnen, der Thron in den Roth geschleift und verbrannt und dasselbe mit Meubels und andern Gegenständen vorgenommen. Die königl. Familie hatte das Schloß bereits vor dem Angriffe verlassen.

Wir kehren zum Stadthause zurück, um das sich die bewaffnete Menge unter fortwährendem Rufe: „es lebe die Republik,“ gelagert hatte, den Beschluß der provisorischen Regierung zu erwarten. Er fiel dahin aus, daß dieselbe einen Nationalconvent berufen wolle, der über die Regierungsform zu entscheiden habe. Damit war das Volk keinesweges zufrieden: es verlangte die Proclamation der Republik. Nur mit Mühe vermochten die Männer, welche die einstweilige Leitung des Staates übernommen hatten, das Volk zu beruhigen, indem sie erklärten: sie wollten die Republik, wenn die Volksvertreter diese Form genehmigten.

Siegestrunken zogen die Massen auf den Straßen, freudig umarmte man sich nach so heldenmüthigem Kampfe: die Revolution war vollendet. Aber die Straßen boten auch den schrecklichen Anblick aufgestreuter Leichen. Man spricht von 3000 Gefallenen; vielleicht, daß diese Zahl noch nicht reicht.

Welch' ungeheurer Wechsel in 24 Stunden! Am 23. Februar Abends Siegeshymnen auf den Straßen, am 24. Abends wieder, — aber am 23. unter einem Königthume, das 100,000 Mann Truppen zu seiner Verfügung in Paris und die Forts der Befestigungen um die Stadt als Angriffspunkte hatte, die man eben für den Fall einer Revolution gebaut hatte; — am 24. unter dem Morgearothe der Republik.

Die ersten Handlungen der provisorischen Regierung können wir leider nur in einem kurzen Ueberblicke geben, sie verdienen aber ausführlicher gelesen zu werden. Zuvor müssen wir jedoch gedenken, daß die prov. Regierung aus folgenden Männern besteht: Dupont de l'Éure, Ministerpräsident, Lamartine, Minister des Auswärtigen, Arago, Ma-

rineminister, Crémieux, Justizminister, Bedeau, Kriegsminister, Marie, Minister der öffentlichen Arbeiten, Ledru-Rollin, Minister des Innern, Bethmont, Minister des Handels, Carnot, Minister des öffentlichen Unterrichts, Goudchaux, Minister der Finanzen. Außerdem sind als Staatssekretaire bei der Regierung, Blanc, der Geschichtsschreiber, Marast, Hauptredacteur des „National,“ Flacon, Hauptredacteur der „Reforme“ und Albert, zwar nur ein Arbeiter, aber ein intelligenter Kopf. Fast sämtliche Mitglieder sind entweder als ehemalige Kammermitglieder oder als Schriftsteller bekannt, Lamartine ist der beliebte Dichter. Zum ersten Male in Europa sitzt ein einfacher Arbeiter im Ministerium.

Die provisorische Regierung hat erst am 25. Febr. die Republik eigentlich proclamirt und seitdem alle Erlasse in diesem Sinne entworfen. Ihr erstes Streben mußte natürlich sein, die Ordnung und Ruhe wieder herzustellen. Nach allen Berichten ist ihr dies gelungen, nicht durch Bajonette, sondern durch Ansprachen an das aufgeregte Volk. Es war das eine schwere Aufgabe, wenn man bedenkt, welcher entseffelte Vulkan der Regierung gegenübersteht. Allein nur auf dieser Grundlage kann das Glück der Republik erblühen und das französische Volk erkennt dies.

Was die Grundsätze betrifft, welche die Regierung beseelen, so werden sie am besten aus ihren Proclamationen zu ersehen sein. Wir führen daher eine Stelle aus einer derselben an. Es heißt dort: „Die Einheit der Nation, von jetzt an durch alle Classen gebildet, aus welchen sie besteht; die Regierung der Nation durch sie selbst; Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit als Grundsätze; das Volk als Devise und Lösungswort: das ist die demokratische Regierung, welche Frankreich sich selbst schuldig ist, und welche unsere Anstrengungen ihm werden zu sichern wissen.“

Bleibt die Regierung auf diesem Boden, so wird ihr nie die Zustimmung der Mehrheit des Volkes fehlen. Bis jetzt haben die meisten der frühern Parteien sich der neuen Staatsform zugeschlagen; selbst der schlaue Thiers hat nach einiger Ueberlegung zu finden gemeint, daß er auch in der Republik sein Glück machen könne. Wir wünschen Frankreich nie die Leitung dieses Mannes, der seine politische Farbe bereits nach Chamäleonischer Natur gewechselt hat.

Darf man von dem aus, was die provisorische Regierung bisher gethan hat, auf die Zukunft schließen, so kann man Frankreich wohl in allen Be-

ziehungen Glück wünschen. Namentlich ist ein Punkt geeignet, eine Schreckensherrschaft, wie wir sie in der Revolution von 1789 so oft bestehen sahen, zu verhindern. Durch Abschaffung der Todesstrafe für politische Verbrechen, welche die Regierung decretirt hat, ist die Grundlage für jene Gräuelszenen weggeräumt, wie überhaupt die Republik von 1848 ganz anderer Natur ist, als die von 1792. Ferner hat die Regierung, wie sie nach ihren ausgesprochenen Grundfätzen mußte, den Adel aufgehoben und alle Geltendmachung und Führung desselben in Frankreich untersagt. Auch ein neues, gänzlich umgestaltetes Steuersystem hat sie sich dem Nationalconvent vorzulegen verpflichtet; es soll auf dem Grundfätze basirt sein, daß überall der Reiche und Wohlhabende mehr zahlt, als der Arbeiter und Arme.

Eine weit gefährlichere Klippe hat jedoch die Regierung in dem Punkte gefunden, den man gewöhnlich mit „Organisation der Arbeit“ bezeichnet. Der Stand der Arbeiter, der jetzt fast überall zur Macht geworden ist, verlangt eine Verbesserung seiner Lage dem Arbeitgeber gegenüber und — fügen wir hinzu — mit Recht. Allein selbst die bescheidensten Wünsche werden hier nie vollständig befriedigt werden können und wir sind in der That gespannt, wie der französischen Regierung diese Aufgabe gelingen wird. Bereits ist eine besondere Commission niedergesetzt, bestehend aus Mitgliedern der provisorischen Regierung und Arbeitern aus dem Volke, welche diese Angelegenheiten berathen soll.

Was die Beziehungen der jungen Republik nach Außen betrifft, so ist sie von dem Gesandten der nordamerikanischen Freistaaten bereits anerkannt worden und England wie der Kirchenstaat haben ihre Anerkennung in Aussicht gestellt. Im Innern Frankreichs ist bis jetzt nur eine Stimme laut geworden, denn überall, wohin die Kunde von den Pariser Ereignissen drang, hat man die Republik proclamirt.

Noch möchten wir hinzufügen, daß das Ministerium Guizot, welches freilich gleich der königlichen Familie seit dem 24. Februar nicht mehr in Frankreich zu sehen ist, in Anklagestand versetzt worden ist.

Werfen wir nun einen prüfenden Blick auf diese, das wird wohl Niemand leugnen, großartigen Ereignisse, so muß sich die Ueberzeugung aufdrängen, daß sie ebenso großartige Folgen haben werden. Was in Deutschland vorgehen muß, kann man aus der Stimmung entnehmen, in die plötzlich Regierungen und Volk versetzt worden sind. Die Kluft zwischen beiden ist offener und weiter gewor-

den und nur durchgreifende Reformen können das deutsche Volk beruhigen und den Regierungen ihren Bestand sichern. Beide fühlen dies auch. Die Vorgänge der letzten Tage in Mannheim, wo das Volk kräftig Reformen forderte, in Leipzig, wo Rath und Stadtverordnete den König dringend auf die gegenwärtige Lage aufmerksam machen und durch ihr Beispiel sogar die Universität zu einer Demonstration anregen, in Karlsruhe, wo die Regierung den Ständen Pressfreiheit, Volksbewaffnung und Geschworenengerichte zugestehet, am Rheine, wo sich kräftige Stimmen für Reformen erheben, die in vielen andern Gegenden Wiederhall finden, in Frankfurt, wo der deutsche Bund seit 32 Jahren zum ersten Male von der Existenz eines deutschen Volkes Kenntniß nimmt und sich in einem Aufrufe vertrauensvoll an dasselbe wendet, obgleich er ihm niemals Vertrauen eingeflößt hat, und endlich die Gewährung der Pressfreiheit, die uns eben, indem wir dies niederschreiben, kund wird, und wenn auch eine halbe Maßregel, da der Wille der einzelnen Regierungen entscheidet, doch insofern von Werth ist, als damit die Schanze zerstört wird, hinter welcher sich die deutschen Cabinetts bisher versteckten, — Alles dies beweist, daß Volk und Regierung wissen, was die Uhr der Zeit geschlagen hat.

Eine andere Frage ist aber die: wird die Veränderung der Staatsform in Frankreich nicht einen europäischen Krieg herbeiführen? Dies könnte auf zweierlei Weise geschehen, entweder, daß Frankreich von Europa angegriffen wird, oder daß es selbst angreift.

Zur Annahme eines Angriffes der europäischen Mächte auf Frankreich liegt durchaus kein Grund vor. England hat bereits der französischen Republik freundschaftliche Versicherungen gegeben; Preußen ist mit sich selbst und seiner Entwicklung zu sehr beschäftigt, als daß die Regierung ohne eigene innere Gefahr einen Krieg wagen könnte; Oestreich, wo die Erklärung des Staatsbankerottes jeden Tag eintreten kann, hat kein Geld dazu und auch im Innern alle Kraft nöthig, wie es überhaupt zufrieden sein muß, wenn ihm nicht mehr entzissen wird, als die Lombardei und Ungarn, die beide gerade jetzt auf dem Punkte stehen, sich von österreichischer Herrschaft loszusagen; Rußland endlich wird von den andern Mächten in Schach gehalten, so daß es allein nicht gegen Frankreich marschiren kann, und hat überdies Polen zu hüten — und Polen ist jetzt ein schwerer Posten. Ueberhaupt aber ist heutzutage die Ansicht der Völker darin reif geworden, daß sie nicht mehr einem Kampfe des Absolu-

tismus gegen die Freiheit ihr Blut leihen werden und die constitutionellen Stände würden nimmermehr zu solchem Kriege Geld bewilligen. Auch hat man sich von 1793 an die Finger so verbrannt, daß man sich gewiß nicht wieder an's Feuer wagen wird.

Anders steht es mit der zweiten Möglichkeit. Zwar hat die provisorische Regierung laut den Frieden mit der Welt verkündet. Allein eine solche Versicherung hat nicht viel Bedeutung; denn will die Republik auf die Dauer bestehen, so bedarf sie eines Abzugscanals für das Toben der Leidenschaften, — namentlich bedarf ihn die französische Natur. Ueberdies hat obige Versicherung einen bösen Nachsatz: Hülfe den unterdrückten Völkern. Leicht könnte Italien, vorzüglich aber Polen, das Ludwig Philipp 17 Jahre mit schönen Worten abgepeißt und an der Nase herumgeführt hat, eine solche Hülfe verlangen. Leicht könnten sie die Franzosen andern Völkern freiwillig antragen oder aufdringen, denn französische Festigkeit in Vorfällen kauft Niemand. Dann würde allerdings auch Deutschland in diesen Krieg verwickelt werden. Und für einen solchen Fall muß sich Deutschland vorbereiten. Dazu genügt aber nicht bloß eine Bewachung der Grenzen und das Bereithalten einer starken Heeresmacht. Denn wenn ein Volk seine Unabhängigkeit vertheidigen soll, muß es frei sein; die Weltgeschichte kennt keinen Fall, wo Sklaven dies vermochten. Vor allen Dingen muß Deutschland also die Grundlagen der nationalen innern Freiheit und Selbstständigkeit besitzen, ehe es mit Würde und Kraft nach Außen auftreten kann. Diese Grundlagen aber sind vor allen Dingen eine kräftige Gestaltung

des deutschen Bundes. Bisher waren es die Cabinette, die in der Bundesversammlung die Stimme führten und entschieden. Könnten die Regierungen und die Fürsten Deutschland vor dem Untergange retten, so genügte eine solche Verfassung; indes was vermag selbst ein wohlorganisirtes Heer ohne Theilnahme des Volkes am Schicksale des Vaterlandes? Soll das Volk aber mit thaten, so muß es auch mit rathen. Daher muß die deutsche Bundesversammlung nicht bestehen aus Abgeordneten der Fürsten, sondern aus Abgeordneten des Volkes, die es selbst wählt; sie muß ein deutsches Parlament sein. Neben dieser Grundbedingung, die uns alles Andere garantirt, bedarf ein freies Volk Pressefreiheit, öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren mit Geschwornengerichteten und alle diejenigen Institutionen, welche die Freiheit der Handlungen innerhalb des Gesetzes und die Freiheit der Meinung und Rede sichern.

Mit solchen Bollwerken versehen, fürchten wir keinen Feind, er komme von Westen oder von Osten; er wird besiegt, denn ein einiges, großes und kräftiges Volk stellt ihm seinen festen Willen, seine moralische und physische Macht gegenüber. Und wer könnte zweifeln, daß den Deutschen eine solche Kraft innewohnt? Die Geschichte würde ihn schlagen, denn sie spricht nur von Mangel an Einheit, wo sie Niederlagen und Schmach des deutschen Volkes berichtet.

Darum, deutsches Volk, rufen die jüngsten Ereignisse in Frankreich dir zu: kräftige dich, erringe deine Freiheit und wirf das Joch ab, das dreißig schwere Jahre, die nur von deiner schmachvollen Thatlosigkeit sprechen, über dich hängen konnten!

Berliner Spiegelbilder.

Ein geäußener König. — Die Republik und die Rummeltürken. — Die Zeitungshalle. — Die königlich preussische Milde. — Assessor Pieper. — Berliner Censuriana. — Oberpräsident von Meining. — Erbitterte Stimmung des Volkes. — Schlagende Thatfachen. — Die verblendete Staatszeitung. — Berlin und die Oberschlesier.

In zwei mal vierundzwanzig Stunden, oder eigentlich bloß in zwei Stunden einer der mächtigsten Königsthronen gestürzt, in den Rinnsteinen herumgezerrt und verbrannt, der greise König selbst, die

Stütze des europäischen Gleichgewichts, „der aufgehobene Arm des Friedens,“ (wie er noch vor wenig Wochen von Sr. Majestät dem Könige von Preußen in einem besondern Condolenzschreiben

wegen Abelaide's Tode genannt ward) schmachvoll, freudlos über Hals und Kopf geflohen, ohne einen einzigen Freund, nichts als 100 Millionen Geld in Amerikanischen Banken und auch ungeheuer viel in englischen Banken. Zwar braucht er nicht Pellkartoffeln zu essen, aber dieser Bampyr, dieser Beutelschneider der großen Nation, dieser Schirmvoigt der frommen und „warmen Brüder“ in Toulouse, Lyon u. s. w., dieses Ideal der europäischen Völkbeglückungs-Diplomatie — mit der furchtbaren Festung um Paris, mit den 4000 Kanonen und mehr als 100,000 Bajonetten gegen eine Handvoll rathlose, entzweite, waffenlose Deputirte — in zwei Stunden. Ha, hier ist Gottes Finger! Hier ist Weltgeschichte, hier ein Springquell neuen Glaubens an die Menschheit, an eine Für- oder Vorsehung, denn beide Lesarten kommen in den officiellen Artikeln unserer Preussischen Allgemeinen vor. — Ich mußte doch auf diesen kleinen Pariser Crawl, auf die Medusa einer — Republik hinweisen, um mit gutem Gewissen die Berliner Spiegelbilder auf diesen Hintergrund werfen zu können. Die Diplomaten, welche Köpfe hatten, haben dieselben verloren, die Liberalen, Radicalen, die gebildeten arbeitenden Jünglinge und jungen Männer Köpfe bekommen und verschlingen die Zeitungen mit geballten Fäusten, die Kaufleute und Börsenmänner zittern in gräßlicher Desperation, aber seitdem Rothschild der Republik Frankreich seinen Credit angeboten, athmen sie auf und ihre Papiere ebenfalls. Die pikante Notiz, daß die Preussischen Staatsschuldscheine, welche neulich 82 % standen, in der officiellen Rechenschaftslegung des Bank-Directoriums für voll gerechnet wurden, was einen hübschen Thaler imaginäres Geld ausmacht, kann ich hier wohl einschleichen, und sprechen mit Achtung, mit Ehrfurcht von diesem für uns böhmischen Dorfe einer Republik. Der deutschen Philisterei ganzer Jammer aber wird offenbar an unserer Bourgeoise, an unsern Weißbierphilistern, Hauswirthen und Kümmeletürken.

Diesen Philistern ist eine Republik nichts, als eine Anarchie, ein Wirrsaal von Kampf und Unruhe, wobei man nicht ruhig schlafen und Geld verdienen könne. Hoffentlich werden auch sie mit der Zeit erfahren, was eine Republik ist, denn die Franzosen lassen sich gewiß nicht zum Drittenmale betrogen.

Der Mittelpunkt der Bewegungen, welche Berlin von dem Pariser Weltereigniß empfängt, ist im Mittelpunkte der Stadt die Zeitungs-Halle. An den beiden Endpunkten dieser großartigen Les-Salons, im Rauch- und Sprechzimmer werden die neuesten

Nachrichten, Zeitungen, Correspondenzen, telegraphischen Depeschen, Börsen-Course stets frisch nach der Ankunft laut vorgelesen. Literaten, Kaufleute, Beamte — Alles drängt sich den ganzen Tag und Abends stehen sie bis auf die Treppe herunter unter Dienstmädchen, Lakaien, Hausknechten, Laufburschen, welche auf die neuesten Extra-Beilagen der Zeitung: Zeitungs-Halle warten, um dann damit zu ihren Herrschaften zu fliegen. Hier kann man Menschen, politische Standpunkte und Bildungsgrade kennen lernen. Das Lächeln des Einen ist verzerrende Berzweiflung des Andern; was des Einen Wange zu wüthender Begeisterung röthet, entfärbt zu bleichem Schrecken die Backenknochen des Andern. —

Eine Hauptfrage ist: Wie mag die Preussische Staatsregierung das großartigste Stück Weltgeschichte dieses Jahrhunderts auf sich wirken lassen? Man sagt, von Oben her sei man geneigt, mehr „Milde“ eintreten zu lassen, „Zugeständnisse“ zu machen und den vereinigten Landtag schnell zu berufen; von den Staatsdienern unten will man Beweise haben, daß sie durch größere Strenge den Dämon zu bannen und sich nach Oben neue Verdienste zu erwerben suchen; es muß ihnen jedenfalls erst eine größere „Milde“ befohlen werden. Unser Haupt-Censor, der Kammergerichts-Assessor Piper ist immer sehr streng und eng in Anwendung der Censurgesetze gewesen, seit einigen Tagen ganz besonders. — In der Hoffnung, daß diese Zeilen einer dem Herrn Piper vorgesetzten Behörde zu Gesicht kommen, kann ich nur rathen, diesem Herrn vor allen Dingen größere „Milde“ zu befehlen und die Thatsache melden, daß unter Stellern, Setzern, Druckern, Redactoren, Druckerburschen (ganz besonders, denn sie werden oft zwei bis dreimal fortgeschickt, und der Censor wohnt eine kleine Meile weit von fast allen Druckereien), daß unter einer zahlreichen Bevölkerung eine gründliche, leidenschaftliche Erbitterung gegen diesen Haupt-Censor herrscht und sich immer weiter und tiefer frist. So wenig wir auch von den Deutschen gewaltsame Ausbrüche der Erbitterung fürchten, ist es doch aber auch gerade jetzt dreimal dreifach schreiend nothwendig, die Galle der Unterthanen nicht durch die selbst bei den Philistern schon und allgemein verhasste Censur zu reizen. Ich für meinen Theil bin so gesellig, daß ich sage: So lange die Censurgesetze einmal noch da sind, müssen sie auch ausgeübt werden, aber würdig der Zeit, nicht so wie es Piper thut, der unendlich viel Dinge streicht, die in Preussischen Zeitungen und Büchern gestanden, der in einem Blatte hier strich, daß die Berliner Damen Schlittschuh laufen, der eine Notiz strich, welche meldete,

daß in Spanien um Handelsfreiheit gebeten worden sei, während er in demselben Blatte gnädig passiren ließ, daß in Paris ein Freihandelsverein furchtbare Reden gegen die Knechtung der menschlichen Arbeitskraft gehalten habe. Nichts ist empörender, erbitternder, als diese Abhängigkeit der intelligentesten Industrie, der Presse, von der Laune, dem Uebel- oder Wohlwollen eines einzigen Kammergerichts-Affessors. Im Interesse der öffentlichen Ordnung und des innern Friedens kann ich den obern Behörden nur rathen, Herrn Piper mehr „Milde“ und Consequenz zu befehlen, dasselbe würde noch besonders für den Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg v. Meding rathsam sein. Von diesem Herrn hab' ich mehrere officielle Antworten auf berechnigte und begründete Gesuche kennen lernen. Darin heißt es überall etwa so: „Ich kann mich nicht entschließen, Ihrem Gesuche weitere Folge zu geben.“ Also Bitten und Beschwerden hängen von dem Entschließen oder Nichtentschließen eines Beamten ab, nicht von seiner Pflicht, nicht von seiner amtlichen Schuldigkeit? Und was für wichtige Dinge hängen von diesem beliebigen Wollen oder Nichtwollen eines einzigen Menschen ab! Neulich strich ein Censor einem Lokalblatte die Erlaubniß, den Kirchenzettel beizulegen, was schon lange ungeschahen war. Warum? Weil sich der Herr Ober-Präsident v. Meding „mißfällig“ über dieses Beilegen „geäußert.“ Neulich verfügte der Herr Ober-Präsident, daß künftig auch auf jeder Drucksache (auch auf Visitenkarten) bei schwerer Strafe die Firma des Druckers genannt werden müsse. Die Zeitungshalle hat scharfsinnig und schlagend klar nachgewiesen, daß diese Verfügung des Herrn von Meding mit den Censurgesetzen im offenbarsten Widerspruch stehe. Aber die Verfügung ist geblieben. Solche Bureauratie, solche Staatsdienerichast ist die entschiedenste Feindschaft gegen die innere Ordnung und Ruhe. Sie macht die Regierung verhaßt und erbittert das Volk immer giftiger. —

Die Regierung, die Beamten hören niemals die Wahrheit und Wirklichkeit der Volksstimmung, bios durch heuchlerische Eingaben auf todtm Papier und durch die zur „Wohlmeintheit“ gezwungene Presse; ich aber sage aus reicher Erfahrung, daß die Stimmung des Volks, besonders des arbeitenden jungen Kerns, auch vor der französischen Revolution schon sehr bitter und gründlich und massenhaft gereizt war. Man kann dies nicht unterdrücken, wie etwa jetzt durch den Communisten-Proceß (Seitenstück zum Polen-Proceß soll's werden, so weitverzweigt soll die Verschwörung sein) versucht wird, oder durch

neue Polizei-Gesetze oder durch Pranger-Ausstellung, durch öffentliche Ausstellung von Verbrecherköpfen, wie der Strafgesentwurf beliebte, und dergleichen. In den neuen Polizeigesetzen, an welchen gedruckt wird, sollen Jünglinge und Mädchen, wenn ihre Unkeuschheit lebendig wird, Jedes drei Monate eingesteckt werden. Die Weißbierphilister sollen spätestens um 11 Uhr ihre Tabagie verlassen. Das macht selbst diese „jütesten“ Bürger schon jetzt wüthend, wie ich neulich selbst erfahren habe. Am 29. früh standen zwei Meineidige auf dem Moskenmarke mitten unter still schauernden Tausenden auf Tischen ausgestellt mit großen Tafeln, die ihre Namen trugen. Selbst der rohe Pöbel schauderte vor dieser mittelalterlichen Barbarei und ließ die gequälten Verbrecher ungeschoren.

„Der Verbrecher ist des Staates eigenstes Verbrechen,“ sagt Bettina. Der Mensch, welcher frei arbeiten, verdienen und sich bilden darf und kann, wird niemals ein Verbrecher, die „Verhältnisse“ machen ihn dazu. Es ist höchste Zeit, daß die „Verhältnisse“ frei und respective beseitigt werden, welche Verbrecher und endlich in Revolution das Verbrechen selbst zur höchsten Tugend machen. Preußen besonders müßte jetzt rath bedenken und zeigen, daß es auf reformatorischem Wege das Volk versöhnen will, dazu gehört aber mehr, als man hoffen darf. Die Preussische Allgemeine forderte neulich zum Kampfe und zur deutschen Einheit gegen etwaige französische Einflüsse und Gelüste auf. Furchtbare Verblendung!

Bisher haben die Berliner mit ungeheurer Fruchtbarkeit zum Besten der Oberschlesier weltlich und geistlich muscirt, mit und ohne Maske getanzt, die Officiere Komödie gespielt und acht Damen eine Quadrille geritten (Entrée l. Friedrichsd'or) — ich sage Ihnen eine so dichte Reihe von Amusements haben sich die Berliner zum Besten der Oberschlesier gemacht, daß unsern aristokratischen Vergnüglingen und Tagedieben nichts willkommener sein kann, als wenn bald wieder ein Paar Kreise sich zu Tode hungern. Und dabei figeln sich die frommen und reichen Leute noch mit der gottwohlgefälligen Wohlthätigkeits-Wollust. Hohe Staatsdamen haben Comités gebildet und berathen über Hemden und Strümpfe für die Oberschlesier, und ein Jude ist bereits hingereist zu den Oberschlesiern, um ihnen die Leibröcke und Strümpfe und Hemden, deren Gebrauch dort ziemlich unbekannt ist, wieder abzukaufen und ein gutes Geschäftche in Berlin damit zu machen. Paßt auf, die Weltgeschichte kann sehr klug und humoristisch werden!

Prager Brief.

Sein oder Nichtsein des Ständeabels. — Der robotpflichtige Graf. — Ein Gräflein und 560 Bürgergemeinden. — Der böhmische Walthallenser. — Eine warnende Erinnerung für's Volk und ein guter Rath für den Adel.

Was thun denn die böhmischen Stände in dieser aufgeregten Zeit? Ruhen sie auf den Lorbern ihres letzten Landtags, wo sie allerdings Reden gehalten haben, die Thaten waren; oder bereuen sie im kindischen Strafwinkel diese kühnen Thaten? Hier in Prag weiß man auf diese gewichtigen Fragen keine Antwort. Die Stände sind verschwunden, und es ist nur der altberüchtigte Stand der Aristokraten übrig geblieben. Da sind denn die alten langweiligen Coiréen, das Kunstreiten und Paradesahren und noch andere abelige Passionen, die näher zu bezeichnen die demokratische Feder befangene Scham trägt; da geht es in dem königlichen Prag nach wie vor zu, als ob in aller Welt die alte aristokratische Wirthschaft herrschen sollte auf ewige Zeiten. Und doch schwebt über dem österreichischen Adel das Schwert des Damokles. Noch einmal, vielleicht, ja wahrscheinlich zum letztenmal ist ihm Gelegenheit gegeben, seine Abelsprobe zu bewähren, sich wirklich als Adel an die Spitze der Nation zu stellen und mit den Rechten, die ihm noch geblieben sind, für sich und für das ganze Volk die verloren gegangenen Rechte wieder zu erobern. Jetzt oder nie können es unsre stolzen Aristokraten beweisen, ob ihr Stolz einen vernünftigen Grund hat, ob sie wirklich Aristokraten im Sinne Platons sind, der bekanntlich wollte, daß die Besten des Volkes regieren sollten. Bisher haben sich unsre Aristokraten dem Volke noch nicht als die Besten des Landes bewiesen; darum hält auch das Volk gar nichts auf sie, und deshalb vermögen diese Stände den Bürokraten gegenüber nichts. Schreiben sie zu einer ernstlichen Opposition, ohne vorher das Volk für sich gewonnen zu haben, so ist es der Regierung ein Leichtes, die Abellopposition mit Hilfe des Volkes niederzuschlagen. Daher müßten diese Abelsstände, wenn sie es mit sich selbst und mit dem Volke ehrlich meinen, ihre neupolitische Wirksamkeit damit beginnen, daß sie auf Befreiung des Bauernstandes hinarbeiteten und die Landesvertretung so gleich wenigstens auf die Bürger ausdehnten. Mit beiden Reformen ist es aber unsern Aristokraten bisher noch gar nicht wirklicher Ernst gewesen. Sie trugen zwar schon einigemal auf Befreiung des

Bauernstandes an, aber sie thun selber nichts dafür. Noch ist kein einziges Beispiel vorgekommen, daß einer dieser Herren seine Bauern freigegeben hätte, und doch könnten es viele thun, ohne arm zu werden, und doch besteht in Oesterreich kein Gesetz, welches jemandem verböte, etwas zu verschenken. Dagegen aber sind schon viele Fälle vorgekommen, daß sich Bauern loskaufen wollten, und die Herren nicht darauf eingingen, weil sie ihre Oberherrlichkeit nicht opfern wollten. Davon ist ein besonders merkwürdiger Fall bekannt worden. Auf einer Lobkowitz'schen Herrschaft kaufte sich ein verarmter polnischer Graf, vermählt mit einer ebenfalls armen, aber altböhmischen Baronesse, ein Bauergut. Natürlich war es dem Grafen unangenehm, daß er dem Fürsten Robot leisten mußte. Er wollte sich um jeden Preis loskaufen. Allein der Fürst verweigerte es rundweg! Ebenso wenig wollen die Aristokraten die Freiheit mit den Bürgern theilen. Wenn die böhmische Verfassung, wie sie jetzt ist, wieder lebendig würde, so hätte Böhmen ein reines Pfaffen- und Adelsregiment, denn der Landtag besteht in der That nur aus Aristokraten und Hierarchen. Böhmen hat 285 Städte und 289 Marktstellen, und von allen diesen sind nur vier Städte auf dem Landtag vertreten, und auch sie nicht durch freigewählte Bürger, sondern durch von der Regierung bestellte Magistratsbeamte! Die landtagberechtigten Städte sind nebst Prag noch Budweis, Pilsen und Kuttenberg. Letzteres ist ein verrotteter Flecken; Budweis und Pilsen aber sind landtäglich, weil sie die einzigen Städte waren, die Ferdinand II. treu geblieben, und sie üben ihre Rechte auch noch fortwährend in solcher Treue aus. Nur die bedeutenden Fabrikstädte Böhmens, wie Reichenberg, Rumburg, Trautenau, Warnsdorf, Schönlinde u. a. sind gar nicht vertreten. Es wiegt also in der böhmischen Verfassung eine ganze Stadt wie Reichenberg nicht so viel, wie ein einziges Gräflein! Es besitzen ferner in Böhmen Bürgerliche große adeliche Güter, weil nämlich jeder Bürger der vier privilegierten Städte solche Güter kaufen kann. Diese bürgerlichen Herrschaftsbesitzer üben alle Rechte und tragen alle Lasten wie die Abeligen, nur den Land-

tag dürfen sie nicht besuchen, weil sie bürgerlicher Geburt sind. So besitzt z. B. der durch seine böhmische Walschalla bekannt gewordene Anton Weith eine Herrschaft (Liboch an der Elbe) mit 10,000 Unterthanen, ist aber doch nicht landtagsberechtigt, weil sein Vater ein Weber war. Was soll nun das Volk von einer solchen Verfassung hoffen, wie soll es sich freuen, wenn es hört, daß diese Verfassung wieder lebendig gemacht werden will? Wenn daher die Aristokraten nicht bald daran gehen, offen und ehrlich eine zeitwürdige Reform der Verfassung zu beantragen, so wird sie das Volk in ihren Oppositionsbestrebungen nicht unterstützen und sie werden vor den Bürokraten zu Schanden werden. Denn, noch einmal sei es gesagt, was kann das Volk von einer Verfassung erwarten, kraft welcher ein einziges Gräflein mehr gilt als 560 bürgerliche Gemeinden!

Der böhmische Adel ist allerdings oppositionslustig, aber er scheint jene Zeiten wieder heraufbeschwören zu wollen, wo er den König und das Volk beherrschte, wo er das Volk, wenn es ihm beliebte, für seine Zwecke bewaffnete, und es, wenn die Sache einen unglücklichen Ausgang nahm, dem Blutgerichte der Regierung preisgab, sich selber aber mit seiner souverainen Stellung zu schützen suchte. Solches geschah nach der Schlacht am weißen Berge. Damals erklärten die böhmischen Stände, um sich zu vertheidigen, folgendes: „Dem gemeinen Volk

und den Unterthanen gebührt es nicht, und ist vor Gott nicht zu verantworten, sich der ordentlichen Obrigkeit zu widersetzen, viel weniger dieselbe vom Regiment und Stuhl zu stoßen, und jeder, der dies thut, hat als einer, welcher Gottes Ordnung widerstrebt, sein Urtheil von Gott und Menschen zu erwarten; die Stände aber, als Mitglieder und Theilnehmer des Regiments und Reichs stehen nicht in gleichem Gehorsam wie die gemeinen Unterthanen.“ — Wir glauben nun allerdings nicht, daß ganz dieselbe Gesinnung im heutigen Ständeadel herrscht; aber etwas davon ist allerdings noch vorhanden, und dies genügt in unsrer Zeit vollkommen, das Volk abzuschrecken. Wollen also die Stände das Volk gewinnen, so müssen sie nicht nach Art der Ungarn sich allein für das Volk halten und geltend machen, sondern durch Thaten beweisen, daß sie keinen andern Stolz besitzen als den, durch Reichthum, Bildung und politischen Beruf zum Besten des ganzen Volkes zu wirken, dessen Glieder sie sind und sein wollen. Zu dem Zweck müssen sie vor allem auch ihr bisheriges hochmüthig erklusives Leben ändern, welches namentlich hier in Prag ein Gegenstand des gerechtesten Volkshasses ist. Der Adel muß populär zu werden trachten, wenn er mehr sein will, als eine dekorirte Hofdienerschaft. Popularität erwirbt man sich aber nur durch volksfreundliche Gesinnungen und Thaten.

Oesterreichische Depeschen.

Geheimnisse des Staatsrathes. — Der Vizekönig von Mailand. — Die russische Hilfe. — Das Trugbündniß mit den Pymäen. — Die Ruhe im Judenbürgerkreise hergestellt. — Stimmung der Truppen. — Oestreich und die Schweiz.

(Berispatet.)

Immer häufiger spricht man von Differenzen im Staatsrath. Metternich findet Widerstand, was sonst sehr selten der Fall war. Höchstens machte manchmal Graf Kolowrat eine kleine Opposition, blieb aber immer ohne Unterstützung, worauf er dann gewöhnlich seine Entlassung verlangte, aber nicht erhielt. So erwartete er sich wenigstens den Ruhm der Freisinnigkeit, ohne ihn thatächlich zu verdienen, denn er ist ein Aristokrat der hochmüthigsten Art und der Grund seiner Opposition ist im Grunde nur die Eifersucht gegen Metternich. Jetzt aber sollen sogar die beiden Erzherzöge Ludwig, Dinkel, und Franz Karl, Bruder des Kaisers, die permanente Mitglieder des Staatsrathes sind, in wichtigen Dingen anderer Meinung sein als Met-

ternich. Dies wäre ein erfreuliches Zeichen der Zeit, denn bis vor kurzem galt Metternichs Wort als ein Orakel. Nur die beiden Prinzen Karl und Johann waren längst gegen den Kanzler, wurden aber eben deshalb von allen Staatsfachen fern gehalten. Ein sehr lebhafter Streit soll über das Ansinnen Metternichs, der Kaiser solle den Vizekönig Rainer von Mailand abberufen, entstanden sein. Es ist auch sehr zu wünschen, daß hier die Pietät des Kaisers und der Prinzen der Staatsflugheit dauernd zu Hülfe komme, denn die Abberufung Rainers wäre ein Unglück, wäre gewiß das Zeichen zum Ausbruch der Revolution. Die Persönlichkeit des Vizekönigs übt in Mailand gewiß eine heilsamere Macht als die Bajonette, und es ist auch

durchaus nicht abzusehen, wer jenen gefährlichen Posten einnehmen sollte. Einen jungen Prinzen nach Mailand zu schicken, dürfte eben jetzt in mehr als einer Beziehung höchst bedenklich erscheinen. Denn daß die italienische Bewegung noch nicht zu Ende ist, und auch durch das blutige Standrecht nicht zu Ende gebracht werden wird, das dürfte doch nicht schwer zu erkennen sein; und was sänge man an, wenn etwa die Macht der Bewegung einen jugendlichen Vicekönig von Mailand so ergriffe, wie sie den Großherzog von Toskana ergriffen hat, der ja auch ein österreichischer Erzherzog, dessen Haus die Sekundogenitur des Kaiserhauses ist!

Auch über die russische Geld- und Waffenhülfe ist im Staatsrath heftig debattirt worden. Diese russische Freundschaft erschien den Erzherzögen mit Recht als eine höchst gefährliche Bedrohung Oesterreichs. Metternich aber soll wirklich so rathlos sein, daß er sich dem gefürchteten und gehafteten Rußland in die Arme werfen will, nur um die Consequenz seines unglücklichen Systems zu retten. Wollte Gott, daß dieser verzweifelte Entschluß nicht zur Ausführung komme; denn ist Oesterreich einmal so weit, daß es sich von Rußland schützen und erhalten lassen muß, dann ist es physisch und moralisch verloren. Die russische Waffenhülfe ist nicht direkt für Italien in Anspruch gebracht worden, sondern zur Bewachung Galiziens, weil man mit Grund fürchtet, daß, wenn es in Italien zum Schlagen käme, auch die Polen wieder losbrechen würden. Träte nun dieses doppelte Unglück ein und Rußland besetzte Galizien, dann dürfte es schwer werden zu verhindern, daß sich Rußland nicht durch Behauptung Galiziens schadlos hielte und so seinem großen Ziele wieder um einen großen Schritt näher rückte.

Ein ganz kläglicher Akt ist das Schutz- und Trugbündniß des großmächtigen Oesterreichs mit den kleinwüchsigen Despoten von Parma und Modena. Was soll ein solches Bündniß dem ganzen Italien gegenüber nützen? Es gleicht in der That dem Streben eines Ertrinkenden, der sich durch einen Strohalm retten will. Oesterreich hat sich dadurch nicht den geringsten Vortheil verschafft, sondern nur zu seiner ohnehin schon großen Last noch fremde Lasten aufgebürdet. Zugleich verletzt dies Bündniß und die militärische Einverleibung der beiden Herzogthümer das Prinzip der Nichtintervention, welches Metternich doch in seinen Depeschen an Palmerston anerkannt hatte. Merkwürdig ist es doch, daß die souveränen Herzoge von Parma und Modena lieber österreichische Vasallen werden wollen, als dem freien Fürsten- und Völkerbunde ihres Vaterlandes beizutreten. Nun, diese Gesinnung wird ihre Wirkung nicht verfehlen. Zur Ehre Oesterreichs sei es gesagt, daß kein Oesterreicher, der nur irgend denkfähig ist und ein Ehrgefühl hat, sich über diese Erweiterung der österreichischen Macht, wie es die Offizellen nennen, zu freuen im Stande ist. Dieser Machtzuwachs wird sicher ebenso schlimme Früchte tragen wie die Erwerbung Krakaus.

Die ausländischen Bauern in Obersteier sind bezwungen und die gute Presse verkündet mit Jubel,

die Ruhe sei hergestellt. Aber was für eine Ruhe? Ein Correspondent der deutschen Allgemeinen giebt den denkwürdigen Aufschluß, an der Widergesetzlichkeit der Bauern sei eigentlich die Milde der Behörden schuld, die es seit längerer Zeit unterlassen, die Leistungen der Bauern durch militärische Exekution zu erzwingen! Nun werde man wieder mit der gehörigen Strenge verfahren und dies werde die Bauern bald zu besserer Einsicht bringen! Und dies heißt Herstellung der Ruhe! In Galizien hieß es, die Härte der Grundherren habe die Bauern zu den Gräueltthaten gezwungen; in Steiermark aber ist die Milde der Regierung Veranlassung zum Aufstand geworden! Wer löset diesen Widerspruch? Es lebe die eiserne Consequenz! Fürwahr es gehört eine eiserne Stirn dazu, so consequent zu sein. Und was für ein Herz?

Die dem österreichischen System dienstbaren Zeitungen machen viel Ruhmens von der vortrefflichen Stimmung der Truppen in Italien. Um dies zum richtigen Verständnis zu bringen, muß man gut unterscheiden. Wahr ist es, daß die Soldaten durch die fortwährenden Neckereien und Beschimpfungen von Seite der Italiener gereizt sind und daß sie sich im Fall eines Angriffs ihrer Haut wehren werden. Damit aber ist die gute Stimmung auch schon erschöpft. Mit dem Stande in Italien und mit dem Zwecke des Daseins ist die Armee aber keineswegs zufrieden. Der Zeitgeist hat auch in der österreichischen Armee seinen Saamen ausgestreut und er ist vielfach aufgegangen. Die jüngern Officiere zumal schwärmen mitunter für Zustände, die dem österreichischen Status quo sehr entgegengesetzt sind. Das Ehrgefühl regt sich auch in diesen Männern und viele schämen sich des Dienstes, welchen sie leisten müssen. — Ganz besonders wirkt auf die Officiere die Verachtung, mit der sie von den schönen italienischen Frauen betrachtet werden. Dieser süßen Süßfrüchte wegen gingen sie sonst gern nach Italien, und jetzt steht vor dem Paradiese der Engel mit dem flammenden Nacheschwert! Die gemeine Mannschaft aber ging nie gern nach Italien, der dortige Garnisonsdienst galt immer für eine drückende Last. Der gemeine Mann aus Böhmen, Mähren, Steiermark, Oesterreich mag das Land nicht, dessen Sprache ihm fremd, dessen Lebensart seinen Gewohnheiten und Bedürfnissen ganz zuwider ist. Dazu kommt nun die Feindschaft des Volkes, welche dem Soldaten tausenderlei Qualereien zufügt. Und wenn die Italiener den Papst hoch leben lassen, so bringt dies den katholischen Soldaten sehr in Verwirrung; er kann es nicht begreifen, warum ihn die fromme Regierung gegen den heiligen Vater ins Feld schießt, von dem geeignet zu werden, sonst das sehnüchtige Ziel der Soldaten war. Einen vom Papst geweihten Rosenkranz nach Haus zu bringen, galt sonst dem österreichischen Soldaten als Ersatz für die Beschwerden und Entbehrungen des italienischen Dienstes; ja sie verdienten mit solchen Rosenkränzen und dergleichen vom Papst berührten Gegenständen manch schönes Stück Geld in der Heimat, — und nun hören sie plötzlich, daß der heilige Vater keine Oester-

reicher in seinem Lande sehen will! Das wirkt schlimm auf den Geist der Mannschaft; man darf es in der Staatskanzlei gewiß glauben. Oesterreich, oder vielmehr das System Metternichs steht also ungeachtet der 150,000 Mann gar nicht so sicher in Italien. Wenn die Sache so ernst würde, wie in Sicilien, so könnte man ähnliche Dinge erfahren wie der König von Neapel, der sich auch zu sehr auf den guten Geist seiner Truppen verlassen zu können glaubte. Das lombardisch-venetianische Königreich hat 5 Millionen Einwohner. Darunter sind also wenigstens eine Million wehrhafte Männer! Und die Frauen werden auch das Ihrige thun, und in Palermo haben gerade die Frauen die schönen Dragoner, welche die Freude des Königs waren, so fürchterlich zugerichtet! Also treibe man die Sache doch nicht aufs Aeußerste! Hätte der König von Neapel um 14 Tage früher freiwillig gegeben, was ihm jetzt abgemungnen ist, wieviel Unglück wäre nicht geschehen!

Allgemein ist die Ansicht, die Truppenmacht in Italien werde noch vermehrt werden, und zwar nicht bloß gegen Italien, sondern auch gegen die Schweiz. Daß Metternich die Ereignisse in der Schweiz mit noch größerem Zorn ansieht, als die italienischen, das kann nicht bezweifelt werden; allein man muß ihm so viel Klugheit zutrauen, daß er sich die Folgen einer Invasion in der Schweiz vergegenwärtigen kann. Zu einer höhern als einer bloß mate-

riellen Territorialpolitik kann er sich allerdings nicht mehr aufschwingen. Nationen existiren für ihn nicht, sondern nur Regierungsbezirke mit Unterthanen. Er hält nicht bloß Italien, sondern auch die Schweiz und Deutschland lediglich für geographische Bestimmungen, wo also nach seiner Ansicht jedes Streben nach nationaler und politischer Einheit eine Chimäre ist. Er hat ja bekanntlich sogar einen Zollverein in Deutschland für ein Lustbild erklärt. Aber natürlich nur so lange, bis der Zollverein eine vollbrachte Thatsache war. Thatsachen imponiren ihm um so stärker, je mehr ihm selbst die Kraft und Geschicklichkeit des Schaffens fehlt. Ist einmal etwas wirklich geschehen, dann beeilt sich Metternich, es als Status quo anzuerkennen. So hat er die Julirevolution, die belgische, die braunschweigische anerkannt, sobald er die Nachricht bekommen, daß die Sache einmal fertig sei. Er hätte auch die Polen anerkannt, wenn sie noch bei Ostrolenka gestiegen und mit sich selber hätten fertig werden können. Darauf können die Schweizer bauen. Sie sollen nur rüftig positiv drauf losarbeiten, dann verliert die Negation Metternichs ihren Stachel. Das sollten sich alle Völker und alle Regierungen gesagt sein lassen. Nur vollbrachte Thatsachen, ohne vieles Anfragen und Zaudern, und der Mann des Status quo wird Ja sagen, weil er nicht mehr Nein sagen kann. Sapiienti sat!

Aufruf an die Freisinnigen Sachsens.

Der Augenblick, wo die Kanonen zu Paris das morsche Gebäude der Freiheitsfeindlichen Staatskunst von 1815 erschüttert haben, muß allen Ernstes dazu benutzt werden, auch in Deutschland die Gewalt der Bevormundung zu brechen und Regierungen zu erhalten, die auf Grundfäßen der Freiheit beruhen.

Die Stadtverordneten zu Leipzig haben den ersten Schritt gethan und in einer Adresse an den König verlangt:

Entfesselung der öffentlichen Meinung, der Presse, im ganzen Umkreise des deutschen Bundes, und die Berufung von Vertretern sämtlicher deutscher Völker an den Sitz des Bundestages.

Weiter ging eine Versammlung von etwa 1000 Bürgern und Einwohnern Leipzigs im Schützenhause, welche den Stadtverordneten zwar Dank und Anerkennung aussprach, aber weitere Forderungen stellte. Da es sich vor Allem darum handelt, fest und einig aufzutreten, so werden alle Freisinnigen hiermit aufgefordert, sich ebenfalls zu versammeln und folgende Punkte als unerläßlich nothwendig zu fordern:

1) Geschworenengerichte, vor welchen Jedermann öffentlich und mündlich von seines Gleichen gerichtet wird.

2) Pressfreiheit. Sicherheit auch des literarischen Eigenthumes und ganz besonders der Zeitungen

vor den Eingriffen der Polizei. Keine andere Verurtheilung wegen Preßvergehen, als durch Geschworne.

3) Wirkliche Verantwortlichkeit der Minister. Rücktritt von der Mehrheit der zweiten Kammer.

4) Sofortige Entlassung der dormaligen Minister, die allein durch ihre volksfeindliche Politik die jezige Gefahr verursacht haben.

5) Wahlreform; also direkte Wahlen, unbeschränkte Wählbarkeit und Wahlberechtigung jedes Staatsbürgers. Das Recht friedlicher Vereinigung für alle Staatsbürger.

6) Allgemeine Volksbewaffnung.

7) Wirkliche und völlige Glaubensfreiheit und gleiche bürgerliche Rechte für alle Glaubensparteien.

8) Einschränkung der übermäßig theuern Landesverwaltung und des unnützen Soldatenspiels und Verwendung des Ersparthen zur Steuer der Verarmung und Aushilfe der Armen.

9) Bildung eines neuen vom Volke gewählten deutschen Mittelpunktes zur Wahrung der deutschen Freiheit nach Außen.

Möchten in dem entschiedenen Verlangen dieser Bedingungen alle Männer des Fortschrittes sich die Hand reichen. Ihre sofortige Gewährung allein kann unser Vaterland vor großen Stürmen bewahren.

Leipzig, am 3. März 1848.

Robert Blum.